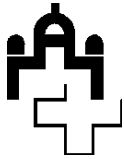


Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



## **RehaKo 04-06 Gesuch betreffend Oskar Gablinger**

---

Entscheid der Rehabilitierungskommission vom 28. Mai 2004

---

1. Die Rehabilitierungskommission der Bundesversammlung stellt fest, dass das vom Strafgericht (Dreiergericht) des Kantons Basel-Stadt am 23. September 1938 gegen Oskar Gablinger ausgesprochene Strafurteil mit dem Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus per 1. Januar 2004 aufgehoben worden ist.
2. Diese Feststellung wird in geeigneter Weise bekannt gemacht.
3. Es werden keine Verfahrenskosten erhoben.

Im Namen der Kommission  
Die Präsidentin:

Françoise Saudan



## Erwägungen:

1. Oskar Gablinger, geboren am 27. November 1896, von Zürich, damals wohnhaft in Zürich, hat am 31. Juli 1938 eine jüdische Emigrantin mit dem Pass seiner Ehefrau in die Schweiz geführt.

Dafür befand ihn das Strafgericht (Dreiergericht) des Kantons Basel-Stadt am 23. September 1938 eines leichten Falls einer Widerhandlung gegen das Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG; SR 142.20) für schuldig und verurteilte ihn zu einer Busse von 50 Franken, im Nichtbebringungsfall zu 5 Tagen Gefängnis.

2. Die Paul Grüninger Stiftung stellt nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003 über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus (im Folgenden: Bundesgesetz; SR 371) das Gesuch, es sei festzustellen, dass das gegen Oskar Gablinger ausgesprochene Urteil des Strafgerichts (Dreiergericht) des Kantons Basel-Stadt vom 23. September 1938 durch das Bundesgesetz per 1. Januar 2004 aufgehoben worden ist.

3. Das Bundesgesetz hebt alle Strafurteile auf, mit welchen Menschen verurteilt worden sind, weil sie verfolgten Menschen zur Zeit des Nationalsozialismus zur Flucht verhalfen oder dazu Beihilfe leisteten, und rehabilitiert die Flüchtlingshelfer (Art. 1 bis 4). Ergänzend soll die Begnadigungskommission der Bundesversammlung auf Gesuch hin als Rehabilitierungskommission prüfen und feststellen, ob beziehungsweise dass der generelle Aufhebungsbeschluss ein konkretes Strafurteil erfasst (Art. 6 Abs. 1; Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 29. Oktober 2002, BBl 2002 7781, Ziff. 3).

Nicht Aufgabe der Rehabilitierungskommission ist es hingegen, die betroffenen Flüchtlingshelfer noch einmal zu rehabilitieren.

4. Die Aufhebung aller Strafurteile wegen Fluchthilfe erfolgte, weil diese Urteile aus heutiger Optik als schwerwiegende Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens betrachtet werden. Insoweit wird der seit den Urteilsprüchen eingetretenen Entwicklung und den seither veränderten Auffassungen, insbesondere auch der Rechtsentwicklung im Bereich des Grundrechtsschutzes Rechnung getragen.

Nach Artikel 4 des Bundesgesetzes werden alle, welche wegen Fluchthilfe zu Gunsten von Verfolgten des Nationalsozialismus verurteilt wurden, im Sinne einer moralischen Wiedergutmachung rehabilitiert. Diese Rehabilitierung ist zu unterscheiden von der Rehabilitation (Aufhebung von Nebenstrafen) nach Artikel 77 ff. des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0). Im Gegensatz zu früheren Rehabilitierungen erfolgt die Rehabilitierung nun nicht mehr bloss per Erklärung des Bundesrates, sondern durch das Gesetz.

5. Die Aufhebung der Strafurteile hat insoweit «rückwirkenden Charakter [Aufhebung ex tunc]», als davon ausgegangen wird, dass solche Urteile unter heutigen Gesichtspunkten so nicht rechtmässig erlassen werden könnten. «Nicht rückwirkend [ex nunc]» erfolgt die Aufhebung insoweit, als verschiedene Rechtsfolgen der Verurteilungen naturgemäss nicht rückgängig gemacht werden können.



In diesem Sinne wird denn auch in Artikel 13 des Bundesgesetzes festgehalten, dass Feststellungsentscheide über die Aufhebung von Strafurteilen keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Genugtuung begründen.

**6.** Das Gesuch wurde fristgerecht eingereicht (Art. 8), die Paul Gröninger Stiftung ist nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b des Bundesgesetzes zur Einreichung von Gesuchen berechtigt, und es sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, dass die nachgesuchte Feststellung gegen den Willen von Oskar Gablinger beziehungsweise dessen Angehörigen erfolgen könnte (Art. 7 Abs. 3).

**7.** Oskar Gablinger wurde am 23. September 1938 vom Strafgericht (Dreiergericht) des Kantons Basel-Stadt eines leichten Falls einer Widerhandlung gegen das ANAG für schuldig gesprochen und zu einer Busse von 50 Franken, im Nichtbeibringungsfall zu 5 Tagen Gefängnis, verurteilt. Es steht daher fest, dass dieses Urteil durch das Bundesgesetz aufgehoben worden ist.

**8.** Das Dispositiv der zu treffenden Feststellung ist in geeigneter Weise bekannt zu machen; die Bekanntmachung darf nicht ohne Zustimmung des Gesuchstellers erfolgen (Art. 11 Abs. 2).

Die Rehabilitierungskommission informiert über ihre Feststellungsentscheide auf ihrer Internetseite und mit Pressemitteilungen. Liegen Anzeichen vor, dass der Betroffene oder dessen Angehörige mit einer umfassenden Veröffentlichung des Feststellungsentscheids nicht einverstanden wären, erfolgt die Veröffentlichung in anonymisierter Form.

Da die Gesuchstellerin einer Veröffentlichung der Entscheide zugestimmt hat und auch keine allfälligen Einwände seitens von Angehörigen von Oskar Gablinger gegen eine Veröffentlichung des vorliegenden Entscheids erkennbar sind, wird dieser integral veröffentlicht.

Das Verfahren ist kostenlos (Art. 12). Die Ausrichtung von Parteientschädigungen ist nicht vorgesehen.

Die Entscheide der Kommission sind letztinstanzlich (Art. 11 Abs. 3).